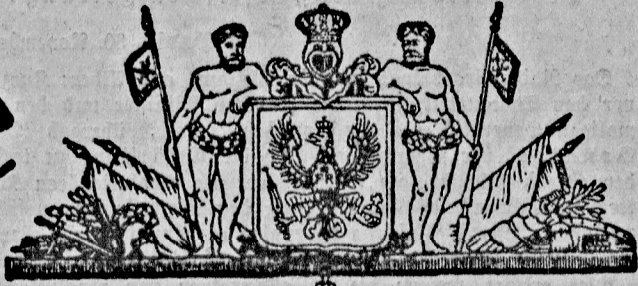


Vossische



Zeitung

10 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Requisitenbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (im Ausn. d. Handelst.): Jul. Eibau, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech. Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600-3663 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3695, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postsch. ko 10 Berlin 660

Die offene Tür.

In der französischen Kammer ist gestern wieder einmal über die „Notwendigkeit“ gesprochen worden, die Macht am Rhein zu halten und durch immer neue Rüstungen sich gegen den östlichen Nachbarn zu sichern. Es ist das Verhängnis des Kontinents, daß die Franzosen den Blick immer nur nach Osten richten, wie die Mohammedaner ihre Gebetsübungen stets in der Richtung auf Mekka vollziehen. Bei dieser monomanen Einstellung übersehen sie die wahren Lebensfragen, die wirkliche Bedrohung, den unvermeidlichen Ruin des Kontinents. Bemerkenswerter als die ewigen Kammerreden war eine kurze Meldung, wonach der amerikanische Botschafter in Paris Einspruch erhoben hat gegen die Absicht, den Antauf von Siegenstädten durch Ausländer zu erschweren. Man hat sich anscheinend in Paris beeilt, auf diesen Einspruch mit der Versicherung zu antworten, die Beschränkung gelte natürlich nicht für die Amerikaner, sondern nur für die bösen Feinde.

Man kann sich kaum etwas Ungereimteres denken. Die Zahl der Deutschen, die Lust haben, Geld in französischen Grundstücken anzulegen, wird an sich schon nicht sehr erheblich sein, angesichts der Erfahrungen im Krieg. Außerdem aber bildet der Stand der deutschen Valuta nicht gerade einen Anreiz zu Käufen dieser Art. Dagegen befindet sich Frankreich gegenüber der Kaufkraft der Amerikaner ungefähr in derselben Lage wie Deutschland vor etwa zwei Jahren; man erhält für einen Dollar 15 Franken, das heißt dreimal so viel als im Frieden. Das bildet einen außerordentlichen Anreiz zur Erwerbung „billiger“ Goldwerke. Und es ist verständlich, daß die französische Regierung, die damit rechnen muß, daß der Frankentkurs weiter abwärts gleiten wird, beizeiten einen Niegel gegen den „Ausverkauf Frankreichs“ vorzuschieben sucht.

Deutschland hat in verstärkter Maße dieselbe Erfahrung gemacht. Von allen Seiten regnet es Proteste gegen einen Ausgleich zum Schutz der deutschen Bevölkerung gegen die Ausbeutung durch die Valutastarken. Soweit dieser Protest sich gegen üble Geschäftsmanieren einzelner richtet, ist er zweifellos berechtigt. Aber gerade um diese unorganisierte, willkürliche Selbsthilfe zu vermeiden, ist die Forderung erhoben worden, zugunsten des Staates eine Ausgleichsabgabe zu erheben, die verständige Ausländer um so lieber leisten sollten, weil sie damit die moralische Berechtigung erwerben, jede Ueberforderung abzuweisen. Es scheint aber, daß solche Argumente, bei denen vor allen Dingen auch das psychologische Moment zu berücksichtigen ist, glatt zu Boden fallen gegenüber dem rein formalen Standpunkt, der jede „Ausnahmebehandlung“ als unzulässig hinstellt.

Der Vertrag von Versailles hat das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in den verschiedensten Punkten beschränkt und aufgehoben. Seine Urheber, soweit sie dem europäischen Kontinent angehören, haben übersehen, daß ihren eigenen Ländern zwangsläufig dasselbe Schicksal droht. Je weiter die Zerstückung Europas fortschreitet, desto mehr wächst die Ueberlegenheit der wahren Sieger, die zu Monopolinhabern der Produktionsmittel werden und jeden Versuch der Gegenwehr der proletarisierten Völker Europas in derselben Art abzuwehren, wie das früher gegenüber den ohnmächtigen Völkern farbiger Rassen üblich war. Mit diplomatischen Einsprüchen beginnt diese Entwicklungslinie, an deren Ende Aktionen nach dem Vorbild des englischen Opiumkrieges in China stehen könnten.

Europa hat seine Herrscherrolle durch den Krieg endgültig verloren. Wenn es sich nicht dazu aufrafft, in Erkenntnis der gemeinsamen Not zusammen zu wirken, so kann es aus diesem Zusammenbruch nicht einmal mehr die Gleichberechtigung mit den begünstigteren Erdgebieten retten. Davon zu erinnern, ist in einem Augenblick doppelt notwendig, wo wieder einmal die Rede davon ist, die Reparationsfrage durch militärische Maßnahmen zu „lösen“. Das einzige, was am Rhein und an der Ruhr mit Sicherheit zu „erobert“ ist, ist der gemeinsame Niedergang. J. E.

Schitscherin in Berlin.

Der russische Volkskommissar Schitscherin, der sich auf der Reise nach Lausanne befindet, hält sich heute einige Stunden in Berlin auf. Da Schitscherin noch am Abend nach Lausanne weiterreisen will, aber andererseits großen Wert auf eine persönliche Fühlungnahme mit der neuen Reichsregierung legt, findet heute nachmittags beim Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, Frhrn. v. Maljan, ein Essen statt, an dem außer Schitscherin und den Beamten der Ostabteilung auch Reichskanzler Dr. Cuno und der Reichsminister des Auswärtigen Dr. v. Rosenberg teilnehmen werden.

* Paris, 30. November.

Der Londoner Korrespondent des „Matin“ gibt eine Moskauer Meldung wieder, nach der Schitscherin die Politik der verschiedenen Staaten, die an der Lausanner Konferenz teilnehmen, folgendermaßen definiert: Großbritannien wünscht sich als Welt-

reich zu bewahren und will infolgedessen nicht auf die Kontrolle der Meerengen verzichten. Die Mittelmeerpolitik Frankreichs ist gegen England gerichtet, aber Poincaré hat gegenüber Lord Curzon für den Augenblick kapituliert. Die italienische Politik ist der neue und unbekannte Faktor in den auswärtigen Angelegenheiten. Italien geht Kühn vor, aber man kennt noch nicht genau die Ziele, die es verfolgt. Die Kleine Entente ist nur das Echo der Großen Entente. Die Türkei kämpft verzweifelt für ihre Elementarrechte. Sie möchte ein souveräner Staat sein, sowohl politisch wie wirtschaftlich und infolgedessen die Kontrolle

über die beiden Ufer der Meerengen behalten. Die russische Delegation wird ihre Forderungen unterstützen.

c London, 30. November.

Auf eine Anfrage im Unterhause antwortete Bonar Law, daß die Anerkennung der Sowjets durch England von folgenden drei Bedingungen abhängig sei:

1. Anerkennung der Schulden,
2. Rückgabe des Privateigentums oder effektive Kompensationen,
3. Einstellung aller politischen Propaganda.

Amerika bleibt vorläufig im Rheinland.

Aus „bedeutsamen“ außerpolitischen Gründen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

c London, 30. November.

Aus New York wird den „Times“ mitgeteilt, daß gestern das Staatssekretariat in Washington eine offizielle Erklärung abgegeben hat, wonach die amerikanischen Besatzungstruppen provisorisch im Rheinland beibehalten werden sollen aus „bedeutsamen Gründen der auswärtigen Politik“.

Diese Erklärung wurde gleichzeitig veröffentlicht mit den Gerüchten über eine demnächstige Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich. Die Gerüchte sind durch den französischen Botschafter in Washington offiziell dementiert worden.

Italiens Reparationspolitik.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mp Rom, 29. November.

Die „Tribuna“ beschäftigt sich in einer deutlich inspirierten Note mit Italiens Stellung in der Reparationsfrage. Das Blatt spricht die Ueberzeugung aus, auch wenn eine militärische Drohung bestehe, werde eine militärische Expedition nicht durchgeführt werden, da sie das Problem nicht lösen, sondern die allgemeine Lage nur erschweren würde. Doch trotz der Abneigung der öffentlichen Meinung in Italien gegen Gewaltmaßnahmen sei es nicht ausgeschlossen, daß die Verbündeten eine gemeinsame Aktion unternehmen, zwecks Feststellung, was Deutschland tatsächlich zahlen könne und um es zu dieser Zahlung zu zwingen. Es sei feststehend, daß große deutsche Vermögen im Inland und Ausland in Auslandswaluten festgelegt sind und nicht herangezogen würden. Die Reichsbank verfüge über eine fünffache Deckung der Noten. (Der alte Unsinn! Die Redaktion.) Die Finanzlage des Reiches sei im Grunde genommen weniger ungünstig, als der Haushalt und die Marktentwertung vermuten ließen. Wenn es also ungerecht wäre, Deutschland mehr abzufordern als es zu leisten imstande wäre, so ist es ebenso ungerecht, sich der Leistungsfähigkeit zu entziehen. Es sei also falsch, wenn man in Paris fürchte, Mussolini werde ein „lauer Gläubiger“ sein, ebenso falsch sei es, wenn in Deutschland vermutet werde, Mussolini habe sich mit Leib und Seele bereits Poincaré verkauft.

Englands Hoffnungen.

Die „Times“ behandeln in einem ausführlichen Leitartikel heute morgen die Hoffnungen, die man in englischen Wirtschaftskreisen — die der unionistischen Regierung nicht fernstehen — für den Ausgang der Londoner Ententekonferenz hegt. Das Blatt hebt hervor, daß jetzt wieder einmal eine Gelegenheit gegeben sei, nicht nur die Reparationsfrage, sondern das interallierte Schuldenproblem und die Anteile der einzelnen Staaten an etwaigen deutschen Reparationsleistungen einer gründlichen Revision zu unterziehen. Als eine Lösung, die für England besonders vorteilhaft wäre, bezeichnet das Blatt den Verzicht auf französische Schuldverpflichtungen an England und fernerhin einen Verzicht Englands auf jegliche Reparationsleistung Deutschlands zu seinen Gunsten. Eine derartige Politik sei geeignet, die Reparationslast in ein günstigeres Verhältnis zu setzen zu den Summen, die überhaupt für Reparationsleistungen in Deutschland in Frage kommen können. Die Anleihen, die England seinen Verbündeten gegeben habe, seien vom finanziellen Standpunkt nur das Abschreiben wert, während der englische Reparationsanteil für England viel weniger realen Wert besäße, als eine baldige Wiederherstellung des politischen und wirtschaftlichen Gleichgewichtes auf dem Kontinent.

Ententekonferenz am 9. Dezember.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

wf Paris, 30. November.

Die englische Regierung hat, wie anzunehmen war, auf die französische Mitteilung, daß Poincaré gegen Ende der nächsten Woche zur Reise nach London bereit sein werde, geantwortet, sie werde sofort die Ministerpräsidenten Italiens und Belgiens zur Teilnahme an den Vorbereitungen einladen. Das Datum der Zusammenkunft wird erst nach Eingang der Antworten aus Rom und Brüssel festgesetzt werden. Nach einer Londoner Meldung des „Petit Parisien“ hat Bonar Law angeregt, daß vor dem Meinungsaustausch der Ministerpräsidenten verbündete Sachverständige zur Vorbereitung des Programms der Konferenz von Brüssel zusammentreten. Poincaré hat auf diese Anregung geantwortet, daß seines Erachtens die Ministerpräsidenten sich über einige Grundfragen verständigen müssen, ehe die Sachverständigen sich zu nützlicher Arbeit vereinigen könnten.

Die Londoner Berichterstatter der Pariser Zeitungen erklären es für heinahe sicher, daß die vier verbündeten Ministerpräsidenten gegen den 9. Dezember in London zusammen treffen. Sie nehmen an, daß sich an diese Zusammenkunft Sachverständigenberatungen anschließen werden, die sich bis zu der Brüsseler Konferenz hinziehen dürften. Ueber die Frage, wann diese zusammentreten, gehen die Meinungen noch stark auseinander. Es gibt Optimisten, die an den 15. Dezember als Eröffnungsdatum zu glauben scheinen. Die meisten Blätter nehmen aber an, daß die Konferenz nicht vor Januar zustandekommt.

Die Pariser Blätter unterstreichen die große Bedeutung der bevorstehenden Londoner Besprechungen, von deren Ergebnis die Brüsseler Konferenz und damit die Zukunft der französischen Außenpolitik abhängen. Die regierungsfreundlichen Organe heben nochmals hervor, daß Frankreich es begrüßen würde, wenn die Reparationsfragen für die nächsten Jahre durch internationale Anleihen gelöst werden könnten, so daß eine Zwangsaktion gegen Deutschland überflüssig würde. Sie versichern aber zugleich, daß Frankreich „auf der Zwangsaktion bestehen“ und sie „im Notfall sogar allein durchführen“ werde, falls eine andere Lösung ausbleibe. Das „Echo national“ führt in einem scharfen Artikel gegen Poincarés Reparationspolitik aus, auch Poincaré esse gleich Briand nicht so heiß, wie er kochte. „Die ganze Konferenz im Elysee scheine nur bestimmt gewesen zu sein, auf die deutschen Großindustriellen Eindruck zu machen.“ Es sehe nicht so aus, als ob Poincaré entschlossen sei, die Drohung zu verwirklichen. Sein Gerichtsvoßzieher sei nur ein Bankier. Auch dieses Jahr werde zu Ende gehen, ohne daß dem französischen Volke etwas anderes geboten werde, als „blinder Lärm“.

Die „Journé Industrielle“ hat beim Wiederaufbauminiesterium angefragt, ob die deutsche Regierung tatsächlich in einem vertretlichen Rundschreiben die deutschen Industriellen angewiesen habe, die Preise für die Sachleistungen für den französischen Wiederaufbau auf das Neunfache des Inlandspreises anzusetzen, während die für England bestimmten Waren nur 65 v. H. mehr kosteten als im Inlande. Das Wiederaufbauminiesterium hat auf diese Anfrage des Blattes wörtlich geantwortet: „Wir kennen dieses Rundschreiben nicht. Es ist wahr, daß die deutsche Regierung in den Handelsbeziehungen zu Frankreich auf jede nur mögliche Weise übelwollend einwirkt, andererseits England begünstigt. Aber ihre Methoden sind zu geschickt, als daß sie eine derartige Unvorsichtigkeit begangen haben könnte.“

Hessens Protest gegen Sanktionen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

ek Frankfurt a. M., 30. November.

Der gesetzgebende Ausschuss des hessischen Landtages faßte in seiner gestrigen Sitzung einstimmig folgende Entschlieung: Der Ausschuss erhebt feierlich Protest gegen die neue Gefährdung des besetzten Gebietes durch die imperialistischen Absichten der französischen Regierung. Der Ausschuss